

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> . . . . .		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i> . . . . .		VI
<i>Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur</i> . . . . .		XXV
<b>§ 1 Einführung</b> . . . . .	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle des Verwaltungshandelns . . . . .	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe . . . . .	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe . . . . .	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	8	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	8	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	13	6
III. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens . . . . .	18	7
1. Der Dispositionsgrundsatz . . . . .	19	7
2. Der Untersuchungsgrundsatz und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung . . . . .	20	8
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes und seine Grenzen . . . . .	20	8
b) Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung . . . . .	25	9
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz . . . . .	26	10
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . . .	28	10
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens . . . . .	30	11
6. Zeitgerechter Rechtsschutz . . . . .	32a	11
IV. Prozesshandlungen . . . . .	33	12
1. Parteihandlungen . . . . .	34	12
2. Prozesshandlungen des Gerichts . . . . .	43	15
a) Überblick . . . . .	43	15
b) Verschiedene Urteilsarten . . . . .	48	16
aa) Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsurteile	48	16
bb) Prozess- und Sachurteile . . . . .	50	16
cc) End- und Zwischenurteile, Voll- und Teilurteile .	51	16
dd) Andere Urteilsarten . . . . .	56	17
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils . . . . .	57a	17
V. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens . . . . .	58	19
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungs- voraussetzungen . . . . .	58	19
2. Prüfungsschema bezüglich der Zulässigkeits- voraussetzungen . . . . .	65	22

---

<b>§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung</b>	69	23
I. Form und Inhalt der Klageschrift	71	24
II. Die objektive Klagehäufung	73	25
III. Die Klageänderung	79	26
<b>§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs</b>		
( <b>§ 40 VwGO</b> )	82	27
I. Allgemeines	85	28
II. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit	89	30
1. Gnadenentscheidungen als justiziable rechtliche Entscheidungen	90	30
2. Die Justizierbarkeit von Regierungsakten	92	30
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) keine rechtsfreien Hoheitsakte	95	31
III. Das Vorliegen einer öffentlichrechtlichen Streitigkeit	99	32
1. Die Subordinationstheorie	100	33
2. Die Interessentheorie	102	33
3. Die modifizierte Subjektstheorie	104	34
4. Abgrenzungsfragen	112	36
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses	116	37
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes	119	37
c) Die Rechtsnatur von Realakten	121	38
d) Die Abgrenzung von öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Verträgen	123	40
IV. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit	124	41
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung	127	41
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungsgerichten vorbehaltene Streitigkeiten	129	42
V. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht	134	46
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	137	47
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	140	47
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnadenentscheidungen	142	49
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verfassungsgerichtsbarkeit	143	49
VI. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2	144	50
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1	144	50
a) Der Aufopferungsanspruch	145	50

b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlichrechtlicher Verwahrung . . . . .	146	51
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentlichrechtlicher Pflichten . . . . .	147	51
2. Sondervorschriften des Beamtenrechts . . . . .	149	52
VII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs (§ 17 Abs. 2 GVG) . . . . .	150	52
VIII. Die Verweisung . . . . .	155	54
IX. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen . . . . .	161	55
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis des Verwaltungsgerichts . . . . .	161	55
2. Sonderproblem Aufrechnung . . . . .	165	56
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen mit Bezug zum Recht der europäischen Gemeinschaft bzw supranationaler Organisationen . . . . .	166a	57
<b>§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten . . . . .</b>	<b>171</b>	<b>60</b>
<b>§ 5 Die Anfechtungsklage . . . . .</b>	<b>175</b>	<b>61</b>
I. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage . . . . .	178	61
II. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage . . . . .	182	62
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts . . . . .	182	62
2. Die Begriffsmerkmale eines Verwaltungsakts . . . . .	184	64
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsaktsbegriffs . . . . .	187	64
aa) Die hoheitliche Maßnahme . . . . .	188	65
bb) Die Behörde . . . . .	189	65
cc) Das Vorliegen einer Regelung . . . . .	195	66
dd) Die Einzelfallregelung . . . . .	203	69
ee) Die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtete Tätigkeit . . . . .	212	71
b) Maßgeblichkeit von Inhalt oder Form des Verwaltungshandelns . . . . .	231	78
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage bei vorheriger Durchführung eines Widerspruchsverfahrens . . . . .	234	79
III. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts . . . . .	246	81
IV. Die prozessuale Geltendmachung des Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs sowie sonstiger, die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender Leistungsansprüche . . . . .	248	82
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage . . . . .	252	83

<b>§ 6 Die Verpflichtungsklage</b>	256	84
I. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	260	84
II. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage	263	86
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	269	88
IV. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	270	88
1. Drittklagen	271	88
a) Nachbarklagen	271	88
b) Konkurrentenklagen	272	89
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage	278	93
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungsklage“	281	94
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage	281	94
b) Die Ausnahmen	283	95
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	287	96
a) Meinungsüberblick	292	97
b) Rechtsschutz grundsätzlich durch eine Anfechtungsklage	295	98
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen	299	100
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie eine modifizierende Gewährung	301	101
<b>§ 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage</b>	306	103
I. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4	309	103
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts	310	104
2. Die Erledigung nach Klageerhebung	321	106
II. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4	322	106
1. Die Erledigung vor Klageerhebung	323	106
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung ausgeschlossen ist	326	107
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Verpflichtungsklage	330	110
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwaltungsakts	331	110
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in Bezug auf den beantragten Verwaltungsakt	335	111
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4	337	111

III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage . . . . .	339	112
<b>§ 8 Die allgemeine Leistungsklage . . . . .</b>	<b>343</b>	<b>113</b>
I. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage . . . . .	344	113
II. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leistungsklage . . . . .	354	116
1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Verwaltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität . . . . .	354	116
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte . . . . .	355	116
a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit . . . . .	355	116
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungsklage gegen Verwaltungsakte . . . . .	356	117
aa) Rechtliche oder faktische Unaufhebbarkeit eines später erlassenen rechtswidrigen Verwaltungsakts . . . . .	357	117
bb) Der mit Strafe oder Geldbuße sowie mit sonstigen Sanktionen bewehrte Verwaltungsakt . . . . .	361	118
cc) Der verzögerte Verwaltungsakt . . . . .	362	118
dd) Drohender Erlass einer Vielzahl von Verwaltungsakten . . . . .	362a	119
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage . . . . .	363	119
<b>§ 9 Die Gestaltungsklagen . . . . .</b>	<b>365</b>	<b>120</b>
I. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsklagen . . . . .	366	120
II. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungsklage . . . . .	370	121
<b>§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage . . . . .</b>	<b>374</b>	<b>122</b>
I. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage . . . . .	377	123
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungsklage . . . . .	378	123
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses . . . . .	378	123
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechtsverhältnisse . . . . .	384	125
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechtsverhältnisse . . . . .	387	126
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen . . . . .	393	128
aa) Die verschiedenen Begründungsmöglichkeiten . . . . .	393	128
bb) Die Begründung von Rechtsverhältnissen durch Normen und ihre Bedeutung für den Rechtsschutz gegen Normen . . . . .	394	128

cc) Die Stufung von Rechtsverhältnissen . . . . .	401	128
e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse . . . . .	405	129
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses . . . . .	409	130
2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage . . . . .	411	131
II. Die Subsidiarität der Feststellungsklage . . . . .	416	132
1. Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel . . . . .	416	132
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungsfeststellungsklagen . . . . .	417	132
b) Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungsklage . . . . .	420	133
2. Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritätsklausel . . . . .	421	134
3. Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2) . . . . .	422	135
4. Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs . . . . .	426	135
III. Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen . . . . .	431	137
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage . . . . .	433	137
<b>§ 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte . . . . .</b>	<b>437</b>	<b>139</b>
I. Allgemeines . . . . .	437	139
II. Die erinstanzliche sachliche Zuständigkeit . . . . .	439	140
III. Die örtliche Zuständigkeit . . . . .	442	140
IV. Verweisung . . . . .	444	141
<b>§ 12 Die Beteiligungsfähigkeit . . . . .</b>	<b>446</b>	<b>141</b>
I. Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit . . . . .	448	142
1. Beteiligte . . . . .	449	142
2. Die Beteiligungsfähigkeit . . . . .	455	142
a) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1 . . . . .	456	143
b) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2 . . . . .	461	144
c) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3 . . . . .	463	145
II. Die Beiladung . . . . .	464	146
1. Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung . . . . .	464	146
2. Die einfache Beiladung . . . . .	466	146
3. Die notwendige Beiladung . . . . .	470	147
4. Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung . . . . .	473	147
III. Die Streitgenossenschaft . . . . .	474a	148

<b>§ 13 Prozessfähigkeit, Prozessvertretung, Postulationsfähigkeit</b> . . . . .	477	149
I. Die Prozessfähigkeit . . . . .	477	149
II. Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit . . . . .	483	150
<b>§ 14 Die Klagebefugnis</b> . . . . .	485	151
I. Allgemeines . . . . .	489	152
II. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie auf Gestaltungs- und Feststellungsklagen . . . . .	491	152
III. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis . . . . .	493	153
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung . . . . .	493	153
2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers . . . . .	495	154
a) Der Begriff des subjektiven Rechts . . . . .	495	154
b) Die Begründung subjektiver Rechte . . . . .	498	156
aa) Die Subjektivierung von Rechtsvorschriften . . . . .	498	156
bb) Gegenwärtiges und unmittelbares Betroffensein als Voraussetzung einer möglichen Rechtsverletzung . . . . .	502a	161
cc) Die Präklusion subjektiver Rechte . . . . .	502f	162
dd) Die Begründung von Unterlassungsansprüchen . . . . .	503	165
ee) Die Begründung von Beseitigungsansprüchen . . . . .	506	166
c) Die sog. Adressatentheorie . . . . .	510	167
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen Privater und bei Gemeindenachbarklagen . . . . .	513	168
e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen . . . . .	521	173
f) Die Problematik der Verbandsklage . . . . .	525	176
g) Der sog. Insichprozess . . . . .	528	178
3. Klagebefugnis und das Recht der EU . . . . .	531a	179
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit . . . . .	532	181
<b>§ 15 Die Prozessführungsbefugnis</b> . . . . .	538	182
I. Allgemeines . . . . .	539	182
II. Die Regelung des § 78 . . . . .	543	183
1. Passive Prozessführungsbefugnis oder Passivlegitimation . . . . .	543	183
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1 . . . . .	547	184
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3 . . . . .	551	185
III. Die passive Prozessführungsbefugnis bei sonstigen Klagearten . . . . .	554	186

<b>§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis</b>	557	187
I. Allgemeines	560	187
II. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozessrechtlichen Instituten	563	189
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1	565	189
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a	566	189
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte	569	190
4. Die isolierte Anfechtungsklage	570	191
III. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen der §§ 43 Abs. 1, 113 Abs. 1 S. 4	571	191
1. Das berechtigte Interesse	571	191
2. Das berechtigte Interesse gem. § 43 Abs. 1	572	191
a) Allgemeines	572	191
b) Zweifelsfälle	573	192
aa) Feststellender Verwaltungsakt und Rechtsschutzbedürfnis	573	192
bb) Rechtsschutzbedürfnis wegen präjudizieller Bedeutung der Feststellung für ein zivilgerichtliches Verfahren	578	193
3. Das berechtigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4	579	193
a) Wiederholungsgefahr	580	194
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung	582	195
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwaltungsakte	583	195
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses	585	195
e) Grundrechtseingriff	586	196
f) Verfahrensfehlerhafte, aber nicht aufhebbare Verwaltungsakte	586a	196
IV. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen	587	197
1. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts	588	197
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmissbrauch	590	198
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel	591	198
4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes	591a	199
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg	591a	199

b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts . . . . .	592	200
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren . . . . .	593	200
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen anderer effektiverer Klagemöglichkeiten . . . . .	594a	201
<b>§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft . . . . .</b>	<b>598</b>	<b>202</b>
I. Der Streitgegenstandsbegriff . . . . .	601	202
1. Einführung . . . . .	601	202
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand . . . . .	603	203
a) Allgemeines . . . . .	603	203
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage . . . . .	608	204
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten . . . . .	611	206
II. Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit . . . . .	612	208
1. Die prozessrechtliche und materiellrechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit . . . . .	612	208
2. Die Begründung und Beendigung der Rechts- hängigkeit . . . . .	614	209
III. Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung . . . . .	615	209
1. Rechtskraft und Bestandskraft . . . . .	615	209
2. Die formelle Rechtskraft . . . . .	616	210
3. Die materielle Rechtskraft . . . . .	617	210
a) Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen . . . . .	618	210
b) Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft . . . . .	619	211
c) Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe . . . . .	623	212
d) Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage . . . . .	627	212
e) Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft . . . . .	631	213
IV. Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	632	214
<b>§ 18 Die Durchführung des Vorverfahrens . . . . .</b>	<b>639</b>	<b>216</b>
I. Allgemeines . . . . .	642	216
1. Der Doppelcharakter des Vorverfahrens . . . . .	642	216
2. Die Prüfung eines Widerspruchs . . . . .	648	218
Anhang: Die Prüfung der Zulässigkeit des Widerspruchs .	651a	220
II. Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs . . . . .	652	221
III. Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens . . . . .	655	221
1. Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens . . . . .	655	221
2. Ausnahmen . . . . .	656	222

3. Sonderfälle des entbehrlichen, aber zulässigen Widerspruchs . . . . .	661	223
4. Widerspruchsverfahren und Fortsetzungsfeststellungsklage . . . . .	665	224
IV. Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid . . . . .	667	225
1. Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde . . . . .	667	225
2. Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde . . . . .	669	225
V. Die Widerspruchsfrist . . . . .	672	226
1. Das Fristefordernis der §§ 70, 58 . . . . .	672	226
2. Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist . . . . .	679	231
VI. Das Widerspruchsinteresse . . . . .	682b	233
VII. Die Begründetheit des Widerspruchs . . . . .	683	233
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts . . . . .	683	233
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde . . . . .	686	235
VIII. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius . . . . .	687	236
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO .	691	237
2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen . . . . .	692	238
a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde . . . . .	693	238
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius . . . . .	694	239
IX. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittiderspruch .	696	239
<b>§ 19 Die Klagefrist . . . . .</b>	<b>700</b>	<b>241</b>
I. Der Anwendungsbereich des § 74 . . . . .	703	242
II. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74 .	705	243
III. Die Klagefrist bei der Untätigkeitsklage und bei Unterlassung eines Widerspruchsbescheids (§ 75) . . . . .	715	245
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchs- bescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt . . . . .	715	245
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung .	717	245
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75 . . . . .	720	246
Anhang: Die wichtigsten Klagen und ihre Zulässigkeits- voraussetzungen . . . . .	724a	248

<b>§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage . . . . .</b>	<b>725</b>	<b>250</b>
I. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1 . . . . .	730	250
II. Die gerichtliche Kontrolldichte . . . . .	734	252
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessensentscheidungen . . . . .	735	252
a) Ermessensüberschreitung . . . . .	738	253
b) Ermessensnichtgebrauch . . . . .	742	255
c) Ermessensfehlgebrauch . . . . .	744	255
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum . . . . .	748	255
a) Die Bedeutung der Problematik . . . . .	748	255
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungsspielraums . . . . .	751	256
c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen . . . . .	752	257
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum . . . . .	755	258
aa) Ausdrückliche gesetzliche Normierung eines Beurteilungsspielraums . . . . .	756	258
bb) Beurteilungsspielraum wegen der organisations- und/oder verfahrensrechtlichen Stellung einer Verwaltungsbehörde . . . . .	758	258
cc) Beurteilungsspielraum bei politisch bedeutsamen Verwaltungentscheidungen . . . . .	760	259
dd) Beurteilungsspielraum und Technikrecht . . . . .	762	259
ee) Beurteilungsspielraum bei Prüfungsentscheidungen und dienstlichen Beurteilungen . . . . .	763	260
ff) Zweifelsfälle . . . . .	769	261
gg) Die Faktorenlehre . . . . .	770	261
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungsspielräumen . . . . .	772	262
aa) Beurteilungsausfall . . . . .	772a	262
bb) Beurteilungsüberschreitung . . . . .	773	262
cc) Beurteilungsfehlgebrauch . . . . .	774	263
3. Das so genannte Planungsermessen . . . . .	777a	263
4. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs. 3, 2 S. 2 . . . . .	778	264
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten . . . . .	782	265
1. Einführung in die Problematik . . . . .	782	265
2. Die prozessrechtliche und die materiellrechtliche Dimension der Problematik . . . . .	783	266

a) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts des Erlasses des Verwaltungsakts . . . . .	784	267
b) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht . . . . .	786	268
3. Der prozessrechtlich maßgebliche Zeitpunkt . . . . .	789	269
4. Die materiellrechtliche Problematik . . . . .	795	272
IV. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache . . . . .	805	277
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts . . . . .	805	277
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Nebenbestimmungen . . . . .	807	277
b) Ausgangs- und Widerspruchsbescheid . . . . .	808a	279
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung . . . . .	809	280
a) Ausschluss der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs . . . . .	809	280
b) Grundsätzlich keine antragsunabhängige isolierte Feststellung der Rechtswidrigkeit . . . . .	810	280
V. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen . . . . .	810a	281
1. Das Nachholen einer Begründung . . . . .	810a	281
2. Das Nachschieben von Gründen . . . . .	811	281
a) Abgrenzung der Problematik . . . . .	811	281
b) Kritik an der herrschenden Meinung . . . . .	813	282
VI. Die Umdeutung von Verwaltungsakten . . . . .	820	284
VII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4 . . . . .	825	285
VIII. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts . . . . .	828	285
<b>§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage . . . . .</b>	<b>834</b>	<b>287</b>
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5 . . . . .	837	287
1. Die Spruchreife . . . . .	838	288
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlass eines Verwaltungsakts . . . . .	841	288
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung . . . . .	842	288
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung . . . . .	845	289
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage . . . . .	849	290
IV. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache . . . . .	851	292
1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Leistungsanspruch . . . . .	851	292

2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4 . . . . .	853	292
V. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4 . . . . .	855	293
<b>§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage . . . . .</b>	<b>860</b>	<b>294</b>
I. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“ . . . . .	862	295
II. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“ . . . . .	864	295
<b>§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher Klagen . . . . .</b>	<b>867</b>	<b>297</b>
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage . . . . .	867	297
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen . . . . .	869	298
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage . . . . .	870	298
<b>§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47 . . . . .</b>	<b>871</b>	<b>299</b>
I. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle . . . . .	873	299
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle . . . . .	874	300
1. Die Antragstellung . . . . .	875	300
2. Die Statthaftigkeit der Normenkontrolle . . . . .	876	300
a) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 1 . . . . .	878	301
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2 . . . . .	879	302
aa) Der Anwendungsbereich des § 47 Abs. 1 Nr 2 . .	879	302
bb) Verwaltungsvorschriften als Gegenstand einer Normenkontrolle . . . . .	881	303
c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle . . . . .	883	304
d) Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normen- kontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3 . . . . .	885	305
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung . . . . .	886	305
4. Die Antragsbefugnis . . . . .	889	306
a) Die Antragsbefugnis natürlicher oder juristischer Personen . . . . .	890	306
b) Die Antragsbefugnis von Behörden . . . . .	898	310
5. Der Antragsgegner . . . . .	899	310
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse . .	900	310
a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normen- kontrollantrag natürlicher oder juristischer Personen . . . . .	901	310

b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normenkontrollantrag einer Behörde . . . . .	912	312
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft . . . . .	912a	313
8. Antragsfrist . . . . .	912b	313
<b>III. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags . . . . .</b>	<b>913</b>	<b>314</b>
1. Allgemeines . . . . .	913	314
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Unionsrecht . . . . .	916	315
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs . . . . .	918	316
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel . . . . .	918	316
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel . . . . .	919	316
4. Die Entscheidung des OVG . . . . .	922	317
<b>IV. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag . . . . .</b>	<b>924</b>	<b>319</b>
 <b>§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>927</b>	<b>321</b>
I. Allgemeines . . . . .	935	322
II. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80–80b . . . . .	936	322
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 . . . . .	938	323
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung . . . . .	948	324
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen . . . . .	955	326
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts . . . . .	961	327
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes . . . . .	962	328
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten . . . . .	963	328
b) Unaufschiebbare Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten . . . . .	966	329
c) Andere Fälle . . . . .	969	329
6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts . . . . .	971	330
a) Rechtsnatur und Bedeutung . . . . .	971	330
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung . . . . .	974	330
aa) Das Vorliegen eines gem. §§ 40, 42 anfechtbaren Verwaltungsakts . . . . .	975	331
bb) Die Zuständigkeit für die Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	976	331
cc) Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . . .	977	331
dd) Die ordnungsmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	978	332
ee) Das Begründungserfordernis . . . . .	979	332

ff)	Das Fehlen einer der Vollziehungsanordnung entgegenstehenden gerichtlichen Entscheidung gem. § 80 Abs. 5 S. 1 . . . . .	983	333
gg)	Öffentliches Interesse und/oder überwiegendes Interesse eines Beteiligten an der sofortigen Vollziehung . . . . .	984	334
hh)	Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Vollziehungsanordnung . . . . .	985	334
7.	Die behördliche Aussetzung der Vollziehung . . . . .	986	334
a)	Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung . . . . .	987	335
b)	Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung . . . . .	988	335
8.	Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	989	335
a)	Die Zulässigkeit des Antrags . . . . .	990	336
aa)	Das Erfordernis der Antragstellung, der deutschen Gerichtsbarkeit und des Verwaltungsrechtswegs . . . . .	990	336
bb)	Die Statthaftigkeit des Antrags . . . . .	991	337
cc)	Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	994	338
b)	Die Begründetheit des Aussetzungsantrags . . . . .	999	340
aa)	Unterschiede zwischen Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	999	340
bb)	Die gerichtliche Interessenabwägung . . . . .	1001	341
cc)	Sonderproblem: Verfassungswidrigkeit des zugrunde liegenden formellen nach-konstitutionellen Gesetzes . . . . .	1004	343
dd)	Sonderproblem: Verstoß von sekundärem Unionsrecht gegen primäres Unionsrecht . . . . .	1004a	343
c)	Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung . . . . .	1005	344
aa)	§ 80 Abs. 5 S. 3 als Mittel zur vorläufigen Sicherung eines Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs . . . . .	1005	344
bb)	Besonderheiten bei Verwaltungsakten mit Drittirkung . . . . .	1012	344
d)	Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts . . . . .	1014a	345
9.	Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungsakts . . . . .	1015	346

10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittirkung . . . . .	1019	347
a) Allgemeines . . . . .	1019	347
b) Die Zulässigkeit des Antrags . . . . .	1020	348
c) Die Begründetheit des Antrags . . . . .	1022	348
d) Die Sicherung der Anordnung der sofortigen Vollziehung bei faktischer Aussetzung eines Verwaltungsakts mit Drittirkung . . . . .	1023	348
Anhang: Die gerichtliche Anordnung bzw. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung sowie der vorläufige Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung . . . . .	1023	349
11. Der Erlass gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a . . . . .	1024	351
III. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123 . . . . .	1025	351
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123 . . . . .	1025	351
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1029	352
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1032	353
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund . . . . .	1032	353
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung . . . . .	1034	355
Anhang: Die einstweilige Anordnung gem. § 123 . . . . .	1039	357
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung . . . . .	1040	358
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1041	358
IV. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6 . . . . .	1042	358
1. Allgemeines . . . . .	1042	358
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1044	359
3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1045	359
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1046	360
5. Der Erlass der einstweiligen Anordnung . . . . .	1050	361
<b>§ 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47 . . . . .</b>	1059	362
I. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1062	363

II.	Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1063	363
III.	Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1064	364
1.	Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugs-akten . . . . .	1065	365
2.	Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage . . . . .	1072	366
3.	a) Feststellungsklagen sui generis . . . . .	1073	366
3.	b) Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage . . . . .	1074	367
3.	c) Die Schließung verbleibender Rechtsschutzlücken . . . . .	1077	369
4.	Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen . . . . .	1081	370
5.	Das Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen und der Rechtssatzverfassungsbeschwerde . . . . .	1084	372
5.	a) Prinzipale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG . . . . .	1084	372
5.	b) Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG . . . . .	1085	373
IV.	Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen . . . . .	1087	374
1.	1. Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze . . . . .	1087	374
2.	2. Vorbeugender Rechtsschutz gegenüber untergesetzlichen Rechtsnormen . . . . .	1089	375
V.	Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen . . . . .	1092	376
<b>§ 27</b>	<b>Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung . . . . .</b>	<b>1098</b>	<b>378</b>
I.	Allgemeines . . . . .	1101	378
II.	Der gerichtliche Vergleich . . . . .	1102	379
III.	Die Klagerücknahme gem. § 92 . . . . .	1106	380
IV.	Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache . . . . .	1111	381
V.	Exkurs: Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung . . . . .	1115	382
1.	1. Die Problematik einseitiger Erledigungserklärungen . . . . .	1115	382
2.	2. Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage . . . . .	1117	383
3.	3. Der Inhalt der Entscheidung . . . . .	1118a	384
<b>§ 28</b>	<b>Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts . . . . .</b>	<b>1122</b>	<b>386</b>
I.	Der Begriff des Rechtsmittels . . . . .	1122	386
II.	Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens . . . . .	1125	386
1.	Die Einlegung des Rechtsmittels . . . . .	1125	386

2. Die Rechtsmittelberechtigten . . . . .	1126	387
3. Die Beschwer . . . . .	1127	387
4. Das Verbot der reformatio in peius . . . . .	1130	387
5. Das Anschlussrechtsmittel . . . . .	1132	388
6. Die formell inkorrekte Entscheidung . . . . .	1134	388
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels . . . . .	1141	390
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels . . . . .	1143	390
III. Die Berufung . . . . .	1145	391
IV. Die Revision . . . . .	1147	391
V. Die Beschwerde . . . . .	1150	392
<i>Sachverzeichnis</i> . . . . .		393